

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

TADSCHIKISTAN UND DIE CHINESISCHE »BELT AND ROAD«-INITIATIVE

■ ANALYSE

Große Hoffnungen.

Tadschikistan und die chinesische »Belt and Road«-Initiative

2

Von Abdugani Mamadasimow, Duschanbe

■ KARTE

Tadschikistan und das »Belt and Road«-Projekt

6

■ STATISTIK

Wirtschaftsdaten, Außenhandel und FDI

8

■ CHRONIK

16. Dezember 2017 – 19. Januar 2018

11

Kasachstan

11

Kirgistan

13

Tadschikistan

15

Turkmenistan

18

Usbekistan

18

Große Hoffnungen.

Tadschikistan und die chinesische »Belt and Road«-Initiative

Von Abdugani Mamadasimow, Duschanbe

Zusammenfassung

Tadschikistan ist ein armes Land, das große Finanzmittel zur Verbesserung seiner Infrastruktur, vor allem der nationalen wie internationalen Verkehrsverbindungen, als Voraussetzung für seine wirtschaftliche Entwicklung benötigt. Der Autor sieht die VR China und ihre »Belt and Road«-Initiative als wichtigste derzeitige wie zukünftige Geldgeber und stellt ein Projekt tadschikischer Wissenschaftler für die Realisierung dieser Initiative in Verbindung mit der Nationalen Entwicklungsstrategie des Landes vor.

Tadschikistan ist ein armes Land. Es wurde schon kurz nach seiner Unabhängigkeit am 9. September 1991 von einem fünf Jahre währenden Bürgerkrieg erschüttert. Allein die materiellen und technischen Verluste durch diesen Krieg werden auf mehr als 7 Mrd. US-Dollar geschätzt – eine für tadschikische Verhältnisse sehr spürbare Summe. Die Folgen des Bürgerkrieges, die schwierige Nachbarschaft zum instabilen Nachbarn Afghanistan sowie die unterentwickelte Infrastruktur waren und sind zudem Hindernisse für die Anwerbung ausländischer Investitionen im großen Stil. Die Regierung des Landes ist ständig auf der Suche nach potentiellen Partnern, um die Armut im Land zu verringern und eine nachhaltige Entwicklung anzustoßen. Gegenwärtig lassen sich zwei Hauptquellen ausländischer Investitionen identifizieren: Kredite der globalen Finanzinstitute (Weltbank, ADB, IDB, EBRD etc.) und solche der VR China. Im September 2017 war Tadschikistan zwar bei der Platzierung von Euro-Obligationen in London erfolgreich, doch war dies der bislang einzige derartige Auftritt des Landes auf dem globalen Finanzmarkt.

Chinesisches Engagement als Weg aus der Sackgasse

Seit einigen Jahren werden in Tadschikistan drei nationale Entwicklungsstrategien umgesetzt. Sie betreffen Unabhängigkeit im Energiebereich, Ernährungssicherheit und – hier am wichtigsten – die Schaffung eines Auswegs aus der geographischen Isolation. Daher wurde mit Hochdruck der Bau einer Reihe strategisch wichtiger Verkehrsverbindungen in Angriff genommen bzw. fortgeführt: die Eisenbahnstrecke Kurgan-Tjube – Kuljab; die Überlandstraßen Duschanbe – Kuljab – Schurabad – Chorog – Murgab – Kulma (an der Grenze zu China) und Duschanbe – Aini – Chudschand – Tschanak (Grenzübergang nach Usbekistan) u. a.

Während einer seiner Reisen in das an China grenzende Autonome Gebiet Berg-Badachschan (GBO) nach dem Ende des Bürgerkrieges im Jahre 1997 nannte Präsident Emomali Rachmon dieses Gebiet »das gol-

dene Tor« Tadschikistans (nach China, Anm. der Red.). Daher wurde die Initiative für einen »Wirtschaftsgürtel entlang der Seidenstraße«, die der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas, Xi Jinping, am 7. September 2013 in der Nasarbajew-Universität in der kasachstanischen Hauptstadt Astana verkündete, in Tadschikistan überwiegend positiv aufgenommen. Am 3. Oktober des gleichen Jahres gab Xi Jinping im indonesischen Parlament ein weiteres Projekt bekannt, die »Maritime Seidenstraße des 21. Jahrhunderts«. Später wurden beide Initiativen zu dem chinesischen Megaprojekt »One Belt, One Road« (OBOR) zusammengefasst (heute oft »Belt and Road«).

Von den sechs Kooperationskorridoren der Landkomponente des Projektes ist jener, der von China über Zentralasien und den Nahen Osten nach Europa führt, für Tadschikistan als Ausweg aus seiner geopolitischen Abgeschiedenheit interessant. Dies umso mehr, als es dabei nicht nur um Verkehrsverbindungen, sondern auch um Gas- und Erölpipelines, Glasfaserkabel und den Luftverkehr geht. Da 93% des Territoriums Tadschikistans aus Gebirgen besteht, ist das Projekt nicht nur wegen der Außenanbindung, sondern auch zur Verbesserung der internen Verbindungen von Bedeutung.

Die chinesische Initiative kam für Tadschikistan nicht überraschend, denn chinesisches Kapital und chinesische Firmen waren zu diesem Zeitpunkt bereits an dem umfassenden Ausbau der Infrastruktur des Landes beteiligt. Tadschikistan war durch den Zerfall der Sowjetunion und die damit verbundene Veränderung von internen Grenzen in internationale in eine Isolation geraten. Schon zu Beginn der Unabhängigkeit wurde daher eine Reihe von Maßnahmen geplant, um das Land von einem »Abstellgleis« in ein Transitland zu verwandeln. Wegen des Bürgerkrieges mussten diese umfangreichen Pläne in einigen Gebieten des Landes allerdings auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Schon in dieser Phase wurde auf einer internationalen Konferenz in Duschanbe von tadschikischen Wissenschaftlern, darunter dem Autor dieser Zeilen, eine

»Straße der Konsolidierung« vom Grenzübergang zur VR China am Kulma-Pass (GBAO) über Murgab – Chorog – Kuljab nach Duschanbe und dann weiter in den Norden des Landes über Aini und Chudschand nach Isfara (alle drei im Gebiet Sogd) vorgeschlagen. Ziel war die Schaffung eines umfassenden Netzes von Überlandstraßen vom Kulma-Pass an der Grenze zu China über den Karakorum-Highway bis zum Welthafen Karatschi (Pakistan). Die Idee wurde auf Konferenzen und in Zeitschriften sowie von Experten aus der Wissenschaft und den zuständigen Ministerien diskutiert. Im Ergebnis wurde 2004 der erste und bislang einzige Grenzübergang zwischen Tadschikistan und China »Kulma-Karasu« (GBAO) eröffnet.

Nach der Unterzeichnung des Abkommens über Frieden und nationale Eintracht im Juni 1997 wurden große Projekte im Bereich Transportinfrastruktur in Angriff genommen, um ganzjährig nutzbare Landverbindungen zwischen der Hauptstadt und den beiden weit entfernten Gebieten Sogd im Norden und GBAO im Osten zu schaffen. Die finanziellen Ressourcen waren am Ende des Krieges spärlich, daher mussten umfangreiche Finanzmittel aus unterschiedlichen Quellen beschafft werden: Kredite und Zuschüsse internationaler Finanzinstitutionen (ADB, IDB, Weltbank u. a.) und selbständiger ausländischer Fonds (Kuwait Fonds etc.).

Eine wesentliche Rolle in diesem Kontext spielte die vom damaligen Präsidenten der VR China, Hu Jintao, auf dem Taschkenter Gipfeltreffen der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) im Jahre 2006 verkündete Entscheidung der chinesischen Führung, den Mitgliedsstaaten der Organisation einen günstigen Kredit in Höhe von insgesamt 900 Mio. US-Dollar einzuräumen. Von dieser zinsgünstigen Anleihe gingen 288 Mio. US-Dollar an Tadschikistan für den Bau der strategisch wichtigen »Süd-Nord«-Verbindung (entlang der Strecke Duschanbe – Aini – Chudschand – Tschanak). Die Trasse wurde hauptsächlich von Arbeitern der chinesischen Firma »Road and Bridge Construction Company of China« unter Beteiligung einheimischer Bauarbeiter errichtet. Die Gesamtkosten des zwischen 2006 bis 2009 realisierten Projekts lagen bei 295,9 Mio. US-Dollar, davon waren 281,1 Mio. US-Dollar zinsgünstige Kredite, die restlichen Kosten wurden von der Regierung Tadschikistans aufgebracht. Die Firma hat auch noch eine weitere internationale Straßenverbindung (350 km) von Duschanbe über Rascht nach Dschirgatal (Gebiete unter republikanischer Verwaltung) an der tadschikisch-kirgisischen Grenze für 177 Mio. US-Dollar gebaut.

China verfolgt in Bezug auf Infrastrukturprojekte in Tadschikistan einen komplexen Ansatz, es wurde nicht nur eine renommierte chinesische Firma für die Umsetzung herangezogen, sondern auch chinesische

Finanzinstitutionen (insbesondere die Eksimbank), die für diese Zwecke zinsgünstige Kredite oder Zuschüsse bereitstellen. Beim letzten Staatsbesuch des tadschikischen Präsidenten Emomali Rachmon in der VR China (31. August – 5. September 2017) wurde die Verknüpfung der tadschikischen »Nationalen Entwicklungsstrategie bis 2030« (NES) mit der chinesischen OBOR-Initiative beschlossen. Tadschikistan ist damit nach Russland (»Einheitliches Energiesystem«) und Kasachstan (»Nurli schol – Der helle Weg«) der dritte Staat im postsowjetischen Raum, der sein nationales Entwicklungsprogramm mit dem chinesischen OBOR-Megaprojekt verknüpft hat.

»Tadschikistan – die zentrale Karawanserei an der Großen Seidenstraße«

In vielen Staaten Eurasiens werden zurzeit von Spezialisten unter großem Zeitdruck nationale Projekte vorbereitet, mit denen man sich am »Belt and Road«-Projekt, das von der Asiatischen Infrastruktur-Investmentbank (AIIB) mitfinanziert wird, beteiligen will – da möchten tadschikische Forscher natürlich nicht abseitsstehen. Gegenwärtig arbeitet eine Gruppe von Wissenschaftlern der Tadschikischen Nationaluniversität an einem umfangreichen Projekt mit dem Namen: »Tadschikistan – die zentrale Karawanserei an der Großen Seidenstraße«, das die reibungslose Umsetzung der chinesischen Initiative sicherstellen soll. Bis jetzt hat es neun Komponenten.

Von besonderer Bedeutung ist die erste Komponente, Projektierung und Bau einer ganz neuen Auto- und Bahnstrecke »Duschanbe – Tawildara – Dschirgatal – Oltin Masor – Muksu – Akbajtal – Markansu – Kaschgar«, d. h. einer neuen, zweiten Verkehrsverbindung über den Nordpamir nach China. Bis heute gibt es nur eine einzige Straßenverbindung in den Pamir (und weiter nach China) sowie den Karakorum-Highway, der im pakistanischen Hafen Karatschi endet. Es existiert keine Eisenbahnstrecke und die Flugverbindungen sind schwach entwickelt. Zwar gibt es von Duschanbe aus zwei Straßen Richtung GBAO, sie vereinigen sich aber 240 km vor Chorog zu einer einzigen Straße, die entlang des Flusses Pjandsch verläuft, der dort die Grenze zu Afghanistan bildet. Im Falle von Erdbeben oder einer Verschlechterung der Situation auf der afghanischen Seite besteht immer die Gefahr, dass die Landverbindung mit GBAO, immerhin 45% der Landfläche Tadschikistans, unterbrochen wird. Diese Straße ist auch die einzige direkte Landverbindung nach China, die andere geht durch Kirgistan. Alternativen, die durch den nördlichen Pamir führen, weit weg von der afghanischen Grenze mit all ihren Unwägbarkeiten, sind also unabdingbar.

Der Bau einer Eisenbahnstrecke durch das Karategin-Tal (Bezirk Rascht, Gebiete unter republikanischer Verwaltung) würde zudem einige sicherheitsrelevante Probleme lösen. Während des Bürgerkrieges hatten bewaffnete Islamisten in den Bergregionen großen Zulauf und die Kriegshandlungen dauerten dort wegen der abgeschiedenen Lage und der starken Orientierung der lokalen Bevölkerung an Traditionen erheblich länger an als in den Ebenen Tadschikistans. Nach Ende des Krieges wurde nur die Straße nach Kirgistan durch dieses Gebiet gebaut, aber keine Schulen, keine Urbanisierung und Modernisierung voranbringende Infrastruktur. Die Bevölkerung lebt abgeschlossen und ist marginalisiert. Die radikale Richtung des Islam verbreitete sich von Afghanistan aus durch dieses Gebiet nach ganz Zentralasien. Deshalb bedarf das Karategin-Tal der besonderen Beachtung. Der Bau von Verkehrswegen und anderen Infrastrukturprojekten würde die Industrialisierung dieser Gebirgslandschaft anstoßen und der Konservierung traditioneller Strukturen und Einstellungen entgegenwirken. Der Bergbau würde einen Impuls erhalten. Die Kohlevorkommen in Nasar-Ajlok und das Gestein Nephelinsyenit in Turpa sind wichtige Rohstoffe für die Tadschikische Aluminiumkompanie (TALCO) und viele andere Unternehmen. Am wichtigsten ist bei dieser Projektkomponente aber, dass sie Tadschikistan aus seiner geographisch bedingten Isoliertheit herausführen und in eine Transitzone verwandeln könnte.

Die weiteren Komponenten des Karawanserei-Projektes sind

- der beschleunigte Bau des vierten Strangs der durch Tadschikistan führenden Gasleitung »Zentralasien – China«. Tadschikistan wird zwar kein Gas aus dieser Pipeline erhalten, die Durchleitung wird aber bezahlt und es werden neue Arbeitsplätze geschaffen;
- die Errichtung eines südlichen Luftfahrt-Drehkreuzes in der Freihandelszone Dangara (Gebiet Chatlon). Auf diese Weise könnte die Entstehung von Warenumschlagplätzen für die Millionen von Gütern, die aus China über den Kulma-Pass eintreffen und für Süd- und Zentraltadschikistan bestimmt sind, und die Etablierung eines ausgedehnten Netzwerks von Tankstellen, die von der im Bau befindlichen Ölraffinerie beliefert werden, angestoßen werden;
- die Schaffung eines nördlichen regionalen Produktionszentrums in der Freihandelszone Chudschand für die Herstellung von Baustoffen für den sich rasch entwickelnden kommerziellen Bausektor Tadschikistans und für die Errichtung der neuen Trabantenstadt Saichun bei Chudschand (die für ca. 200.000 Einwohner geplant ist) sowie für die Verarbeitung für den Export bestimmter landwirtschaftlicher Erzeugnisse;
- die Errichtung eines Waren- und Logistikzentrums mit landesweiter Ausrichtung in Istarawschan (nördlich von Chudschand) auf Grundlage bereits vorhandener Gewerbe und Unternehmen;
- die Errichtung eines Zentrums für Baumaterialien in Hissar und im unteren Pjandsch-Tal, verknüpft mit dem bereits existierenden Markt für Baumaterialien in Hissar (Gebiete unter republikanischer Verwaltung) und ausgerichtet auf den Export nach Afghanistan in naher Zukunft;
- die Ausweitung des Tourismus- und Naherholungsgebiets im Tal von Warsob in der Nähe von Duschambe. In dem 2009 durch Regierungsverordnung eingerichteten Gebiet sind bis heute mehr als 200 touristische Infrastruktureinrichtungen geschaffen worden, die aber mit veralteten Management- und Marketingmethoden arbeiten. Daher sollte dort mit Unterstützung von im Tourismusgeschäft erfahrenen Unternehmen aus der SCO ein entsprechendes Lehr- und Beratungszentrum eingerichtet werden;
- die Gründung fleischverarbeitender Betriebe im Bezirk Faisabad (Gebiete unter republikanischer Verwaltung). Dort wurde bereits mit der Geflügelproduktion begonnen, diese sollte unbedingt auf weitere Zweige der Fleischproduktion (Rind- und Lammfleisch etc.) ausgeweitet werden. Dies ist von großer Bedeutung für die Nahrungsmittelsicherheit, vor allem mit Blick auf die Versorgung der Hauptstadt;
- die Stimulierung der Schmuckproduktion in der Freihandelszone Ischkaschim (GBAO) mit Ausrichtung auf den Export nach China und Indien, wo weltweit die stärkste Nachfrage nach Juwelierwaren besteht. Die Vorkommen an Edelsteinen und Halbedelsteinen in Ischkaschim sind auch nach mehr als dreitausend Jahren des Abbaus nicht erschöpft; es sind aber staatliche Wirtschaftsförderung und ausländische Investitionen nötig, um ihr riesiges Potential voll auszuschöpfen.

Antichinesische Stimm(ung)en

Die Beteiligung Tadschikistans am chinesischen OBOR-Projekt hat aber auch nicht wenige Gegner. Die Unzufriedenheit mit China äußert sich vor allem in zwei Bereichen.

Erstens geht es um die Verpachtung von landwirtschaftlichen Nutzflächen in verschiedenen Tälern bzw. Bezirken Tadschikistans an chinesische Unternehmen. Im Hochgebirgsland Tadschikistan eignen sich nicht mehr als ca. 4–5 % der Fläche für den Bewässerungslandbau. Die einheimischen Bauern verfügen nicht über genug Land, um Ackerbau zu treiben oder sogar nur noch über Hausgärten für den Eigenbedarf. Die Vergabe von Tausenden von Bewässerungsflächen an chinesische

Farmer führt daher zu einer zunehmenden Unzufriedenheit der einheimischen Bauern. Der traditionellen Kultur der Tadschiken entsprechend äußern sie ihre Unzufriedenheit nicht öffentlich, sondern indirekt, daher hat die Meinungsforschung es hier nicht leicht.

Der zweite Kritikpunkt betrifft die zunehmende Zahl chinesischer Arbeitsmigranten bei verschiedenen Großbauprojekten in Tadschikistan, an denen chinesisches Kapital oder chinesische Firmen beteiligt sind. Schon seit langem sind Überweisungen von Familienmitgliedern, die sich wegen fehlender Arbeitsplätze in ihrer Heimat als Arbeitsmigranten in Russland, Kasachstan oder anderen Ländern aufhalten, die Haupteinkommensquelle tadschikischer Haushalte. Daher wächst parallel zum Auftauchen und dem allmählichen Ansteigen der Zahl chinesischer Arbeitsmigranten auch die Unzufriedenheit darüber in der tadschikischen Gesellschaft. Einheimische Massenmedien wie auch die anderer postsowjetischer Staaten (Russland, Kasachstan, Kirgistan), sprechen von einer »chinesischen Expansion«.

Fazit und Ausblick

Trotz der chinakritischen Stimmen wird das OBOR-Projekt in Tadschikistan insgesamt positiv gesehen. Die oben erwähnte »Nationale Entwicklungsstrategie« sieht bis zu ihrem Abschluss im Jahr 2030 die Einwerbung von mehr als 30 Mrd. US-Dollar vor, eine Summe, die

angesichts des Ratings Tadschikistans in der internationalen westlichen Finanzwelt die Frage nach Alternativen bei der Anwerbung ausländischer Investitionen aufwirft. Von diesem Standpunkt aus – und verbunden mit dem Verweis auf die Lage Tadschikistans auf der zentralen Route der historischen Seidenstraße – wird die aktive Beteiligung des souveränen Tadschikistan an dem chinesischen Megaprojekt von Weltrang für viele Jahrzehnte aktuell bleiben.

Schon seit dem letzten Staatsbesuch Präsident Rachmons in China im September 2017, als über die Verbindung von OBOR und Nationalem Entwicklungsplan bis 2030 entschieden wurde, wird verstärkt an der Fertigstellung von Industriebetrieben im Bezirk Jawan (Gebiet Chatlon) und der Stadt Istiklol (Gebiet Sogd) gearbeitet, an der Einrichtung Freier Wirtschaftszonen (Chudschand, Dangara u. a.) usw. Ein weiterer Stimulus für die Errichtung neuer Kapazitäten wird nicht nur die Verlagerung von Industriebetrieben, die mit Kohle arbeiten, aus China nach Tadschikistan sein, sondern auch die Inbetriebnahme des ersten Aggregats des Wasserkraftwerks von Rogun in der zweiten Jahreshälfte 2018, die nicht nur die traditionelle Energieknappheit im Winter beenden, sondern gewaltige Mengen von Strom produzieren wird.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

Dr. Abdugani Mamadasimow ist Vorsitzender des Nationalfonds »Die Seidenstraße – eine Straße der Konsolidierung« und Professor an der Tadschikischen Nationaluniversität, Duschanbe.

Lesetipps:

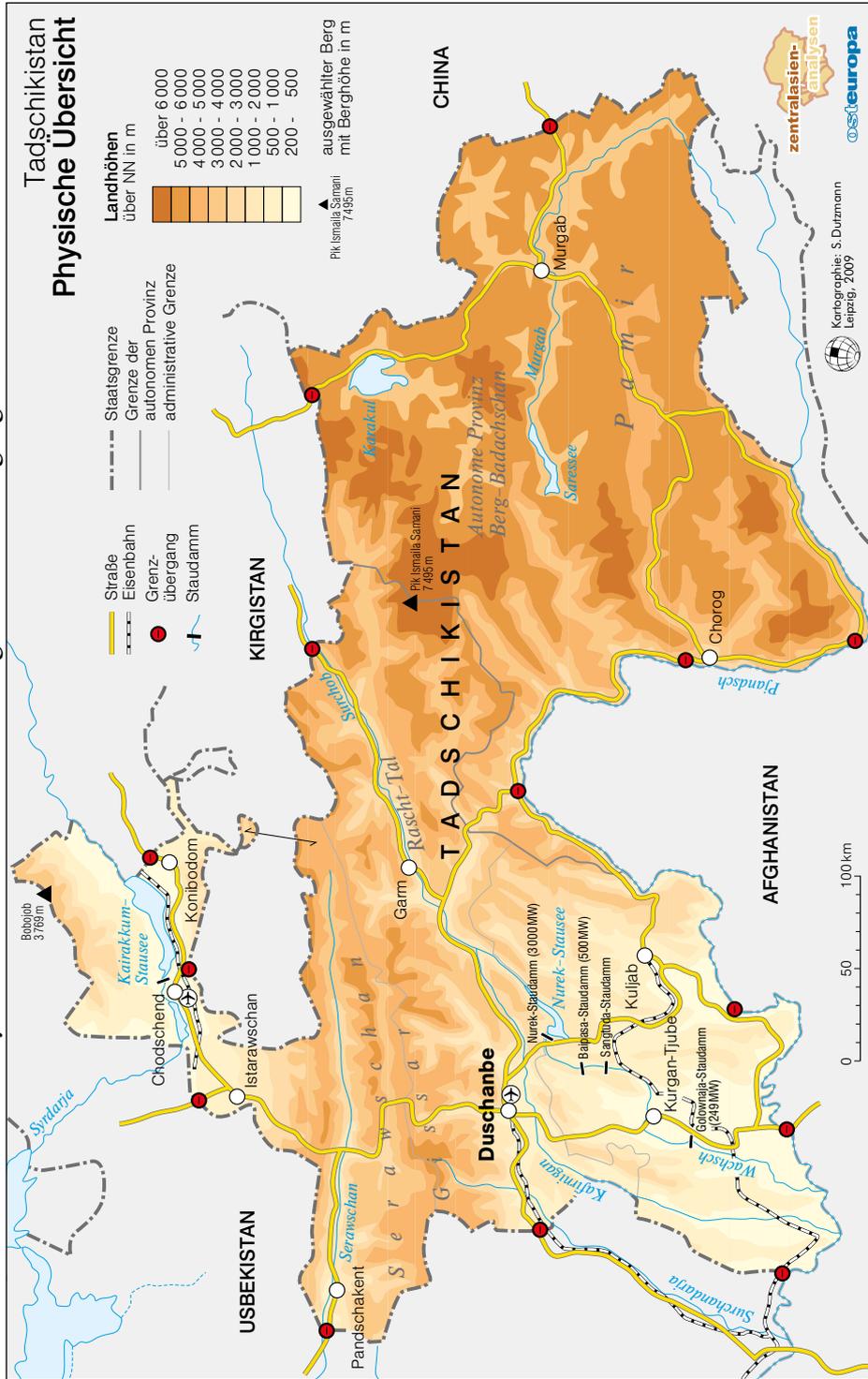
- Tajikistan – transport leader reveals how TIR in China will open up “vast opportunities” for the region, IRU Views, 5.9.2017, = <<https://www.iru.org/resources/newsroom/tajikistan-transport-leader-reveals-how-tir-china-will-open-vast-opportunities>>
- Tajikistan: President Returns From China Trip With \$310M, Eurasianet, 5.9.2017, = <<https://eurasianet.org/s/tajikistan-president-returns-from-china-trip-with-310m>>
- Why Chinese investors are struggling to gain a foothold in Tajikistan, South China Morning Post, International Edition, 7.10.2017, = <<http://www.scmp.com/news/china/diplomacy-defence/article/2113810/why-chinese-investors-are-struggling-gain-foothold>>
- The Belt and Road through Eurasia: Who Wins and How?, Eurasianet, 18.12.2017, = <<https://eurasianet.org/s/the-belt-and-road-through-eurasia-who-wins-and-how>>
- China's Belt and Road Initiative and its Impact in Central Asia, Voices of Central Asia, 19.1.2018, = <<http://voicesoncentralasia.org/chinas-belt-and-road-initiative-and-its-impact-in-central-asia/>>

Karten:

Neben den Karten auf den nächsten beiden Seite verweisen wir auf eine (leider auch nicht ganz aktuelle) Karte der wichtigsten Orte und Verkehrswege Tadschikistans unter: <<https://www.ezilon.com/maps/asia/tajikistan-physical-maps.html>>

Tadschikistan und das »Belt and Road«-Projekt

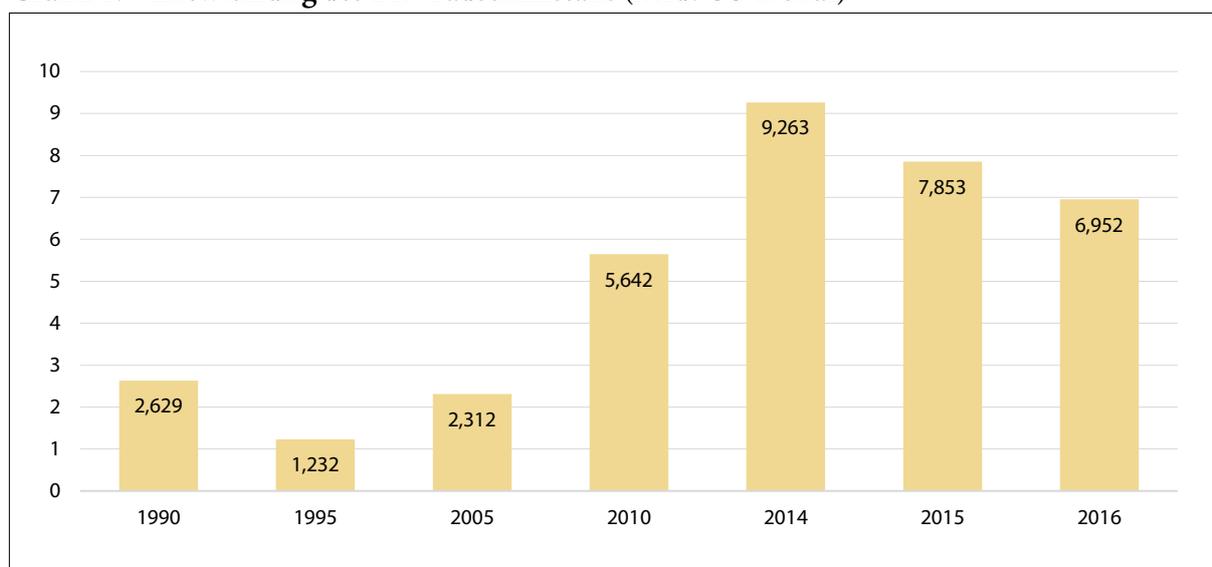
Karte 1: Tadschikistan. Physische Übersicht mit den wichtigsten Grenzübergängen (Stand 2009)



Kartographie: S. Dutzmann, Leipzig, für die Zeitschrift Osteuropa, 2009

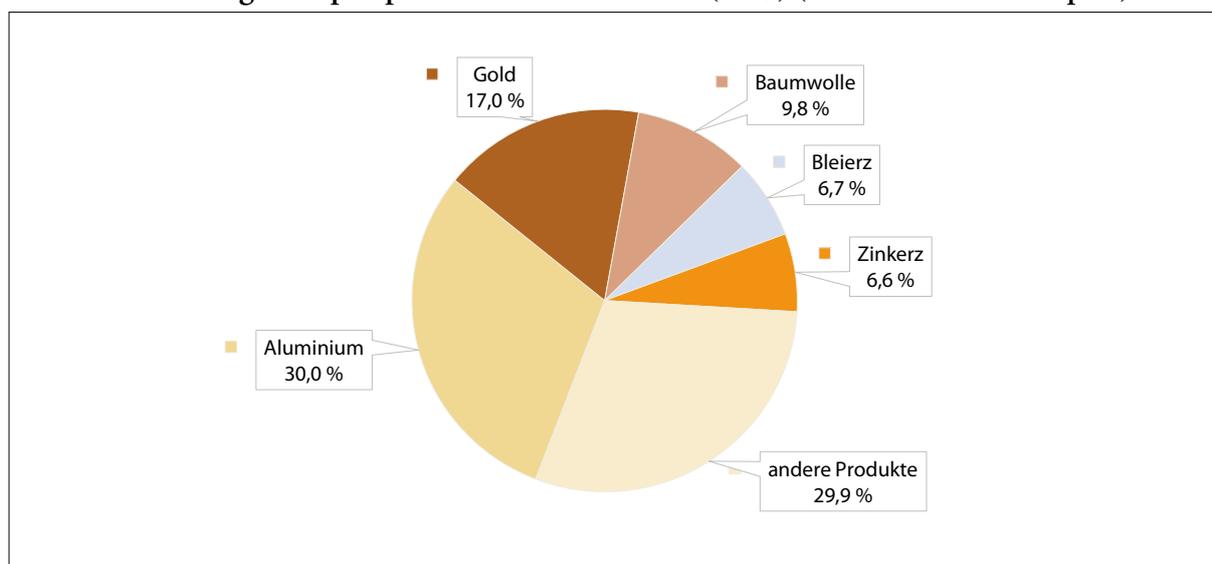
Wirtschaftsdaten, Außenhandel und FDI

Grafik 1: Entwicklung des BIP Tadschikistans (Mrd. US-Dollar)

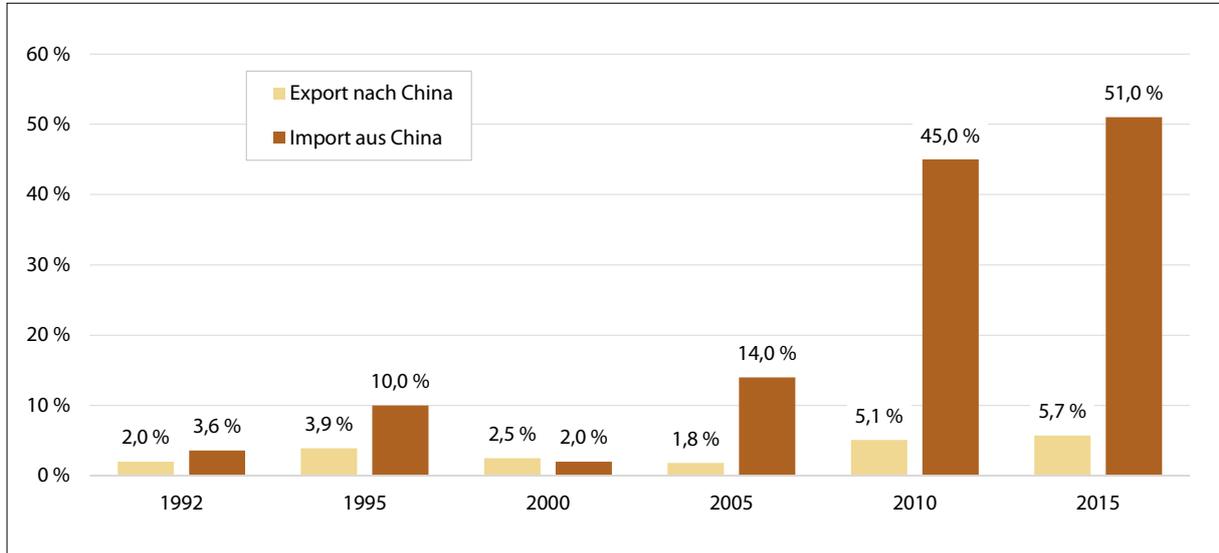


Quelle: World Bank 2017: World Bank Data, Country Profile Tajikistan, <<https://data.worldbank.org/country/tajikistan>>

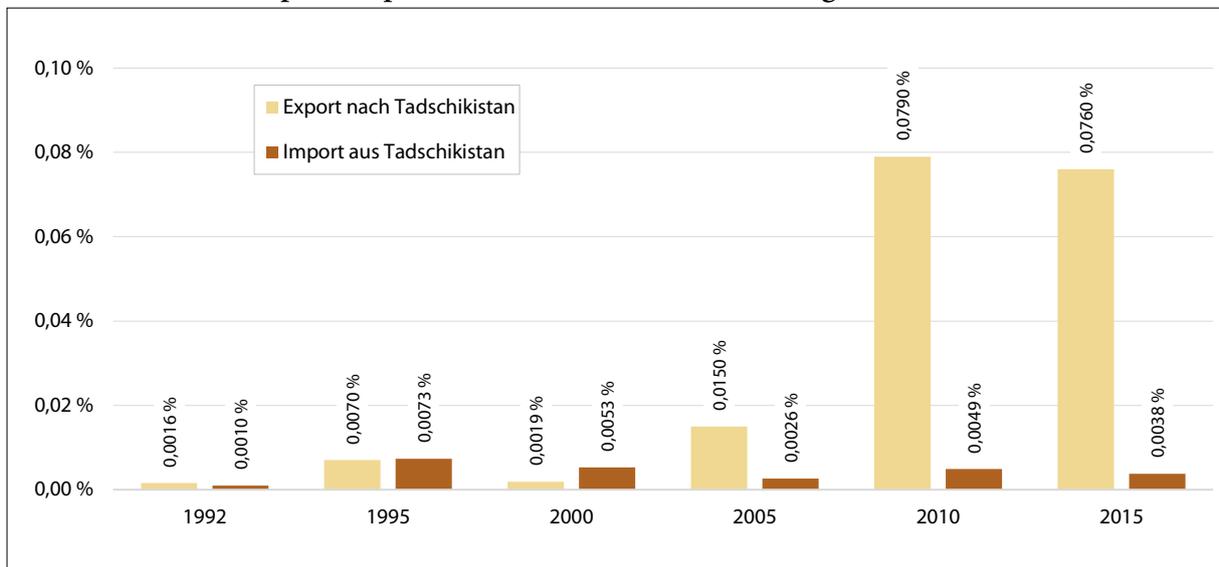
Grafik 2: Wichtigste Exportprodukte Tadschikistans (2015) (Anteil am Gesamtexport)



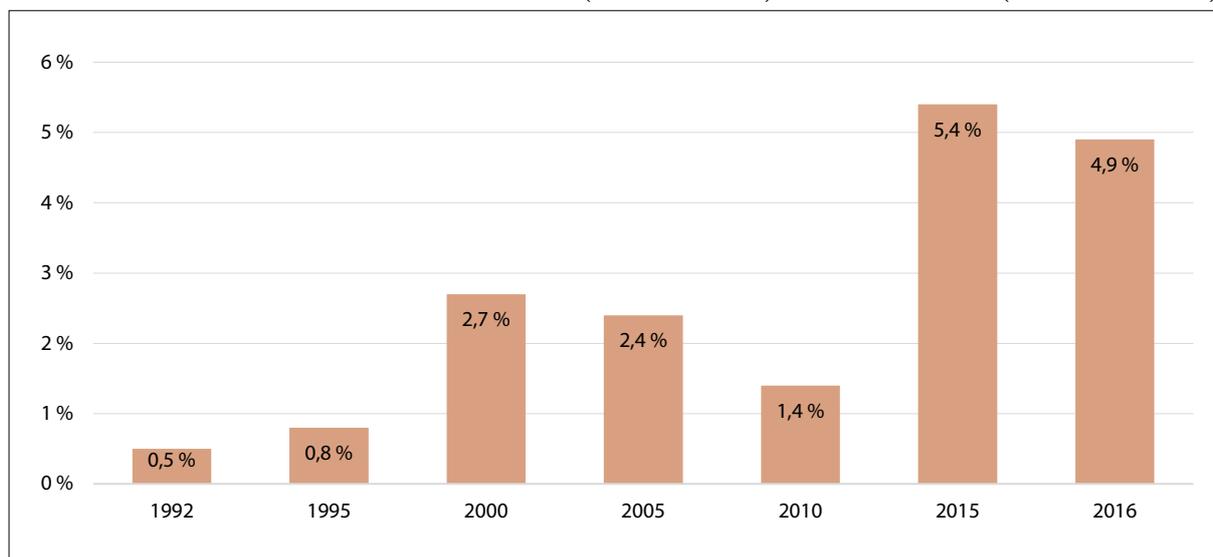
Quelle: The Observatory of Economic Complexity, Country Profile Tajikistan, <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/tjk>>

Grafik 3: Tadschikistans Export und Import mit China (Anteil am gesamten Außenhandel)

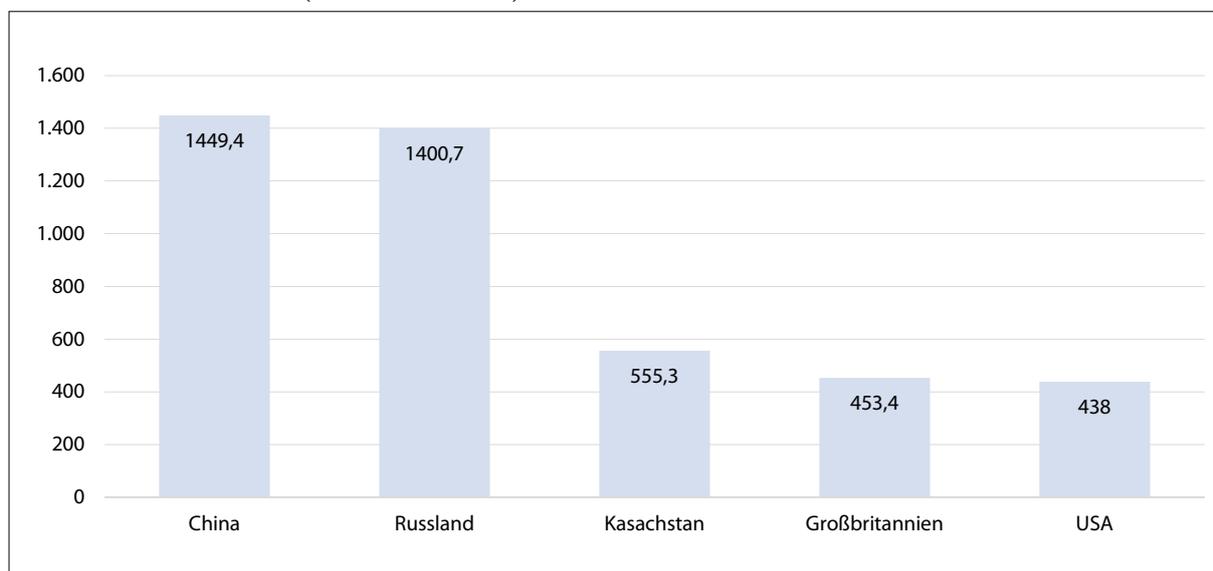
Quelle: *The Observatory of Economic Complexity, Country Profile Tajikistan*, <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/tjk/>>

Grafik 4: Chinas Export/Import mit Tadschikistan (Anteil am gesamten Außenhandel)

Quelle: *The Observatory of Economic Complexity, Country Profile China*, <<https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/chn/>>

Grafik 5: Ausländische Direktinvestitionen (Nettozuflüsse) in Tadschikistan (Prozent des BIP)

Quelle: World Bank 2017: World Bank Data, Foreign direct investment, net inflows, <<https://data.worldbank.org/indicator/BX.KLT.DINV.CD.WD?locations=TJ>>

Grafik 6: Ausländische Direktinvestitionen in Tadschikistan nach Ländern im Zeitraum von 2007–2016 (Mio. US-Dollar)

Quelle: State Committee on Investment and State Property Management of the Republic of Tajikistan 2017: Statistics, <http://gki.tj/ru/nvestitsii_v_rt/nformatsiya_i_statistika/analiz_/>

16. Dezember 2017 – 19. Januar 2018

Kasachstan

19.12.2017	Kasachstan stimmt als eines von 26 Ländern gegen eine Resolution der UN-Vollversammlung, die die russische Besetzung der Krim verurteilt und Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen vorschlägt.
21.12.2017	RFE/RL meldet, dass ein US-Gericht den in New York lebenden kasachstanischen Staatsbürger Achror Saidachmetow zu 15 Jahren Haft wegen der Unterstützung des IS verurteilt hat. Saidachmetow wurde bereits im Februar 2015 verhaftet, als er versuchte, über Istanbul nach Syrien auszureisen.
21.12.2017	In Astana startet eine weitere zweitägige Runde der Syrien-Friedensverhandlungen, die von Kasachstan, Iran, Russland und der Türkei parallel zu den von den UN organisierten Friedensgesprächen in Genf organisiert werden.
21.12.2017	RFE/RL berichtet unter Berufung auf die Nachrichtenagentur Reuters, dass die New York Mellon Bank im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen der kasachstanischen Regierung und einem Investor aus Moldau Vermögenswerte des kasachstanischen Nationalfonds in Höhe von 22,6 Mrd. US-Dollar eingefroren hat.
21.12.2017	Die Regierung legt mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) in einem gemeinsamen Protokoll Schlüsselbereiche der künftigen Kooperation fest. Dazu zählen u. a. die Anwerbung von Investitionen, die Entwicklung des Finanzsektors, die Stimulierung von Unternehmensgründungen und nachhaltige regionale Entwicklung.
25.12.2017	Präsident Nursultan Nasarbajew empfängt in Astana seinen kirgisischen Amtskollegen Sooronbai Dscheenbekow zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis. Dscheenbekow und Premierminister Bakyttschan Sagintajew vereinbaren, sich um eine Beilegung des seit Monaten andauernden Konfliktes zwischen beiden Ländern im Rahmen der EEU zu bemühen.
26.12.2017	Präsident Nasarbajew nimmt am informellen Gipfel der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten in der Nähe von Moskau teil.
27.12.2017	Der russische Präsident Wladimir Putin unterstreicht bei einem bilateralen Treffen mit seinem Amtskollegen Nasarbajew nach dem GUS-Gipfel in Moskau, dass Kasachstan nach wie vor der wichtigste Partner Russlands in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit sei.
28.12.2017	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz, das anonyme Kommentare auf kasachstanischen Websites verbietet. Ziel des Gesetzes ist es, Hasskommentare und Beleidigungen im Netz zu reduzieren. Die Betreiber von Webseiten sind selber dafür verantwortlich, Möglichkeiten zur Identifizierung der Nutzer zu schaffen.
1.1.2018	Mit dem heutigen Tag übernimmt Kasachstan turnusgemäß für einen Monat den Vorsitz im UN-Sicherheitsrat, wo es 2017/2018 nichtständiges Mitglied ist.
3.1.2018	Kazinform berichtet, dass Kasachstan insgesamt 662 Mio. Tenge (2,034 Mio. US-Dollar) humanitäre Hilfe für Syrien (568.585 US-Dollar), Tadschikistan (848.268 US-Dollar) und Kirgistan (614.687 US-Dollar) bereitstellt.
4.1.2018	In einem auf der persönlichen Homepage des Präsidenten veröffentlichten neuen Buch »Ära der Unabhängigkeit« legt Nasarbajew seine Sicht auf die jüngere Geschichte des Landes und seine Zukunft dar.
5.1.2018	Nach 17jähriger Pause wird die direkte Busverbindung zwischen der usbekischen Hauptstadt Taschkent und Schimkent (Gebiet Süd-Kasachstan) wiederaufgenommen.
9.1.2018	Der ständige Vertreter Kasachstans bei der UN und derzeitige Vorsitzende des Sicherheitsrats, Kairat Umarow, unterrichtet Vertreter von bei der UN akkreditierten Nichtregierungsorganisationen über die Prioritäten und den Arbeitsplan des kasachstanischen Vorsitzes des Rates. Im Vordergrund stehen u. a. die Nichtverbreitung von Nuklearwaffen, politische Entwicklungen in Zentralasien und Afghanistan und der Friedensprozess in Syrien.
9.1.2018	Präsident Nasarbajew nennt in einer öffentlichen Rede an das Volk Kasachstans zehn wichtige Zukunftsaufgaben, darunter den Einsatz neuer Technologien in verschiedenen Bereichen, die effektive Nutzung von Ressourcen und effektive Regierungsführung.
10.1.2018	Der Pressedienst des Ministeriums für Religionsangelegenheiten und Zivilgesellschaft berichtet, dass die geistliche Direktion der kasachstanischen Muslime (DSKM) das Verbot des Tragens eines Hidschabs oder Kopftuches an Schulen, an denen Uniformen getragen werden, unterstützt. Das Verbot war bereits im Januar 2016 verabschiedet worden. Gleichzeitig empfiehlt die DSKM muslimischen Frauen nach Erreichen der Volljährigkeit in der Öffentlichkeit ein Kopftuch zu tragen.
10.1.2018	Kazinform berichtet, dass in der Stadt Temirtau (Gebiet Karaganda) schwarzer Schnee gefallen sei. Es wurde eine Arbeitsgruppe zur Ermittlung der Ursachen gebildet. Die Umweltsituation in der Stadt ist schon seit längerem katastrophal, Bewohner beschwerten sich über extremen Smog.

11.1.2018	Präsident Nasarbajew unterzeichnet ein Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens über die Demarkation der kasachstanisch-turkmenische Staatsgrenze sowie ein Gesetz über die Ratifizierung des Abkommens über die strategische Partnerschaft zwischen beiden Staaten.
11.1.2018	Nord- und Zentralkasachstan sind von heftigen Schneestürmen betroffen, die einige Gebiete des Landes, u. a. die Hauptstadt Astana, von allen Verkehrsverbindungen abgeschnitten haben. Astanas Bürgermeister, Aset Isekeschew, ruft den Notstand aus.
12.1.2018	Tengrinews berichtet, dass das Ministerium für Information und Kommunikation ein neues computergestütztes System zur Überwachung von Medien und sozialen Medien entwickelt, das Ende 2018 einsatzbereit sein soll und 5 Mio. US-Dollar kosten wird. Bisher überwacht das Ministerium diese Medien manuell. Ein Sprecher des Ministeriums betont, dass es um ein Monitoring, nicht um die Kontrolle der Medien ginge.
15.1.2018	Wirtschaftsminister Timur Suleimow teilt mit, dass die Inflation in Kasachstan 2018 voraussichtlich 5–7 % betragen wird. 2017 lag die Inflationsrate bei 7,1 %. Gleichzeitig räumt er ein, dass es in den Wintermonaten ein unzureichendes Angebot an bestimmten Früchten und Gemüsesorten gebe, was zu höheren Preisen führe.
15.1.2018	Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) stellt der französischen Firma Urbasolar SAS einen Kredit in Höhe von 8,8 Mio. US-Dollar für den Bau einer Solarstromanlage im Süden Kasachstans zur Verfügung.
15.1.2018	Das nationale statistische Komitee teilt mit, dass das Handelsvolumen mit den EEU-Mitgliedsstaaten in den ersten 11 Monaten des Jahres 2017 um 28 % gestiegen sei. Ein Großteil dieses Handels (92,3 %) ist mit Russland erfolgt.
16.1.2018	Präsident Nasarbajew trifft als erster Präsident eines zentralasiatischen Staates in Washington mit US-Präsident Donald Trump zusammen, um Themen wie bilaterale Beziehungen, Wirtschaft, den Krieg in Syrien und regionale Sicherheit zu besprechen. Während des Besuchs werden drei Abkommen zwischen den Regierungen beider Länder und 20 Verträge in Höhe von 7 Mrd. US-Dollar zwischen kasachstanischen und amerikanischen Unternehmen unterzeichnet.
16.1.2018	Das Internationale Finanzcenter Astana (AIFC) kündigt an, mit der offiziellen Registrierung von Unternehmen zu starten. Das Center, das offiziell im Sommer eröffnet werden soll, soll zur Finanzdrehscheibe für Zentralasien, die Kaukasusrepubliken, die EEU, den Mittleren Osten, Westchina, die Mongolei und Europa werden.
17.1.2018	Die Regierung kündigt an, dass kasachstanische Pässe ab 2021 mit lateinischen Buchstaben herausgegeben werden.
17.1.2018	Präsident Nasarbajew trifft in New York mit US Vize-Präsident Mike Pence zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen. Beide betonen, dass die strategische Zusammenarbeit weiter intensiviert werden solle. Darüber hinaus trifft sich Nasarbajew mit der Vorsitzenden der Nasdaq Adena Friedman, um die Entwicklung des AIFC in Astana zu erörtern.
18.1.2018	Beim Brand eines Busses im Gebiet Aktobe kommen 52 usbekische Arbeitsmigranten ums Leben. Fünf Insassen können sich aus dem brennenden Fahrzeug retten.
18.1.2018	Kasachstan veranstaltet im Rahmen seiner UN-Sicherheitsratspräsidentschaft ein hochrangiges Briefing zum Thema »Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen: Vertrauensbildende Maßnahmen«. Das Treffen, bei dem auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres einen Bericht vorstellt, findet am Rande der Sicherheitsratssitzung statt.
18.1.2018	In seiner Rede zur Eröffnung der Sitzung des UN-Sicherheitsrates fordert Präsident Nasarbajew Nordkorea auf, sein Atomwaffenprogramm einzustellen und bietet Kasachstan als Standort für internationale Verhandlungen mit Nordkorea an.
18.1.2018	Während seines US-Besuchs trifft Präsident Nasarbajew mit dem polnischen Präsidenten Andrzej Duda zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen zusammen. Polen ist 2018/19 nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat.
18.1.2018	Vize-Wirtschaftsminister Serik Schumangarin kündigt auf einer Pressekonferenz in Astana an, dass die Regierung plane, 2018 insgesamt 47 Unternehmen, u. a. Air Astana und Kazatomprom, an private Investoren zu verkaufen.
18.1.2018	Kasachstan und Usbekistan nehmen die Ermittlungen zu den Ursachen des Busunglücks am Vortag auf, bei dem 52 Usbeken ums Leben gekommen waren.
18.1.2018	Newtimes berichtet, dass sich im Gebiet Atyrau seit Monaten 52 Mädchen auf Grund des Kopftuchverbotes weigern, die Schule zu besuchen.
18.1.2018	Das elektronische Portal der Regierung veröffentlicht einen Aktionsplan für den Übergang vom kyrillischen zum lateinischen Alphabet. U. a. sollen Blogger im Zeitraum 2018–2025 insgesamt 1,4 Mio. US-Dollar für Posts zu diesem Thema auf sozialen Medien erhalten. Ab 2021 sollen alle offiziellen Dokumente nur noch in lateinischer Schrift ausgegeben werden.

19.1.2018	Außenminister Kairat Abdrachmanow nimmt in New York am C5+1 Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan teil.
-----------	---

Kirgistan

16.12.2017	Im Rahmen der 6. kirgisisch-russischen interregionalen Konferenz in Bischkek schließen der kirgisische Wirtschaftsminister Artem Nowikow und der Wirtschaftsminister der Autonomen Republik Tartastan, Artem Tsdunow, ein Abkommen über die Zusammenarbeit im wirtschaftlichen, sozial-humanitären und wissenschaftlich-technischen Bereich.
19.12.2017	Außenminister Erlan Abdyldajew trifft mit CSTO-Generalsekretär Juri Chatschaturow in Bischkek zu Gesprächen über regionale Sicherheit und aktuelle Aktivitäten der Organisation zusammen.
19.12.2017	Kirgistan und die EU starten Gespräche über ein neues bilaterales Abkommen, das das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1999 ablösen soll. Auf EU-Seite werden die Verhandlungen geführt von Luc Devigne, EAD Direktor für Russland, die Östliche Partnerschaft, Zentralasien und die OSZE, kirgisischer Verhandlungsführer ist Vize-Außenminister Emil Kaikijew.
19.12.2017	Sicherheitskräfte führen eine Razzia beim privaten Fernsehsender NTS durch, der dem gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Omurbek Babanow gehört. Ein offizieller Gerichtsbescheid liegt vor. Babanow selbst bezeichnet das Vorgehen in einem Facebookpost als »unvorstellbar«.
19.12.2017	Der Vorsitzende der Oppositionspartei Ata-Meken (Vaterland), Almambet Schykmamatow, wird von einem Gericht in Bischkek wegen Korruption zu einer Strafzahlung von 71.500 US-Dollar verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, staatliche Gelder für den Kauf eines Mercedes veruntreut zu haben. Schykmamatow selber beteuert seine Unschuld und bezeichnet die Anklage als politisch motiviert.
19.12.2017	Präsident Dscheenbekow trifft sich mit der UN-Sonderbeauftragten für Zentralasien und Vorsitzenden des UN Regional Center for Preventive Diplomacy Asia, Natalia Gherman, um über Wasser- und Energiekooperation sowie Stabilität und Sicherheit in Zentralasien zu sprechen.
20.12.2017	Kirgistan stimmt als eines von 26 Ländern gegen eine Resolution der UN-Vollversammlung, die die russische Besetzung der Krim verurteilt und Maßnahmen gegen Menschenrechtsverletzungen vorschlägt.
20.12.2017	Die EU überweist 10 Mio. Euro an Kirgistan zur Unterstützung des Bildungssektors. Der Zuschuss ist Teil eines 26 Mio. Euro-Programmes, das die Regierung bei der Umsetzung der Bildungsstrategie 2020 und den dazugehörigen Aktionsplan 2016/17 unterstützen soll.
21.12.2017	Eine Gruppe von Parlamentariern ist zu Gast in Taschkent, um im Gespräch mit usbekischen Parlamentariern Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit zu erörtern.
21.12.2017	Außenminister Abdyldajew empfängt den iranischen stellvertretenden Außenminister Sejed Mohammed Kazem Sajjadpour, um anlässlich des 25jährigen Jubiläums der Aufnahme kirgisisch-iranischer Beziehungen den aktuellen Stand und Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit zu besprechen.
23.12.2017	Die kirgisische Airline Air Manas nimmt den regulären Flugverkehr zwischen Bischkek und Taschkent auf. Bisher wurde die Strecke nur von Uzbekistan Airways bedient.
25.12.2017	Präsident Dscheenbekow ist sich bei Gesprächen mit seinem kasachstanischen Amtskollegen Nursultan Nasarbajew und Premierminister Bakytschan Sagintajew in Astana u. a. einig, den seit Monaten andauernden Konflikt zwischen den beiden Ländern im Rahmen der EEU beizulegen.
26.12.2017	Präsident Dscheenbekow nimmt am informellen Gipfel der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten in Moskau teil.
27.12.2017	Eine kirgisische Delegation hält sich für Gespräche mit einer chinesischen und usbekischen Delegation über den Bau der China–Kirgistan–Usbekistan Bahnstrecke im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative in Taschkent auf. Die Streckenführung soll bis Ende April 2018 bekanntgegeben werden und dem Transport chinesischer Waren über Kirgistan und Usbekistan nach Europa dienen.
28.12.2017	Außenminister Abdyldajew kündigt an, dass sich Kirgistan für die nichtständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2028/29 bewerben wird.
30.12.2017	Der Stab des bei der Präsidentschaftswahl am 15.10. unterlegenen Kandidaten Babanow verkündet offiziell den Rückzug des Respublika-Politikers aus der Politik. Babanow hat sein Parlamentsmandat bereits niedergelegt und will sich künftig um die Anwerbung ausländischer Investoren und neuer Technologien nach Kirgistan kümmern.
30.12.2017	Präsident Dscheenbekow unterzeichnet ein Gesetz zur Ratifizierung des Abkommens über den Zollkodex der EEU, das bereits im April 2017 in Moskau abgeschlossen wurde. Ziel des Abkommens ist die Gewährleistung einheitlicher Zollvorschriften in der gesamten Eurasischen Wirtschaftsunion.

1.1.2018	Mit Beginn des neuen Jahres übergibt Kirgistan den EEU-Vorsitz an Russland.
3.1.2018	Laut der Nachrichtenagentur KazTAG hat Kirgistan im Jahr 2017 insgesamt 200 Mio. Tenge (614.687 US-Dollar) direkte Entwicklungshilfe von Kasachstan erhalten.
5.1.2018	Ein Gericht in Bischkek verurteilt den Oppositionspolitiker Kanatbek Isajew wegen Korruption zu 12 Jahren Haft. Isajew wird beschuldigt, während seiner Zeit als Bürgermeister von Tokmok von 2008 bis 2010 staatlichen Boden illegal an Bauunternehmen gegeben zu haben. Isajew bezeichnet das Urteil als politisch motiviert.
5.1.2018	Die chinesische Firma Full Gold Mining kündigt die Entlassung von 370 kirgisischen Arbeitern in den Ischtam-berdi Minen (Gebiet Dschalalabad) an, die gegen Lohnkürzungen protestiert hatten.
8.1.2018	KirTAG berichtet, dass in Kirgistan im Jahr 2017 insgesamt 159 Internetseiten und Profile auf sozialen Medien aufgrund extremistischer Inhalte gesperrt wurden.
8.1.2018	Premierminister Sapar Isakow rügt Wirtschaftsminister Nowikow, dessen Stellvertreter sowie den Vorsitzenden des staatlichen Zolldienstes Kubanytschbek Kulmatow und dessen Stellvertreter wegen schlechter Vorbereitung der Ratifizierung des Zollkodex der EEU. Darüber hinaus entlässt Isakow mehrere Mitarbeiter wegen schlechter Arbeit im gleichen Bereich.
10.1.2018	Präsident Dscheenbekow erklärt auf einem Treffen mit Bewohnern des Bezirks Dschumgal (Gebiet Naryn) 2018 zum Jahr der Entwicklung der Gebiete des Landes. Im Vordergrund steht die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Entwicklung der Infrastruktur.
10.1.2018	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das die Schulwoche auf fünf Tage pro Woche beschränkt. Derzeit findet an vielen Schulen der Unterricht an sechs Tagen der Woche statt.
10.1.2018	Das Parlament verabschiedet in drei Lesungen ein neues Gesetz über die staatliche Förderung der Kinematographie, in dem u. a. Filme verboten werden, die einen gewaltsamen Staatsstreich, die Verletzung der Souveränität oder der territorialen Integrität eines Staates fordern. Darüber hinaus sollen pornografische Szenen in Filmen verboten werden.
11.1.2018	Das Parlament nimmt in dritter Lesung ein Abkommen mit Russland über die Errichtung von Vertretungen der Migrationsbehörden beider Länder an. Kirgistan will insgesamt neun Vertretungen in Russland eröffnen, Russland plant zwei Vertretungen in Kirgistan einzurichten.
11.1.2018	Einem Bericht des Wirtschaftsministeriums zufolge ist das BIP Kirgistans von Januar bis November 2017 um 4% auf 430,1 Mrd. Som (6,2 Mrd. US-Dollar) gestiegen.
11.1.2018	Der Vorsitzende des nationalen statistischen Komitees berichtet auf einer Pressekonferenz, dass das Handelsvolumen mit den Mitgliedsstaaten der EEU 2017 um 14,3% auf insgesamt 2 Mrd. US-Dollar angestiegen sei. Der Großteil des Handels findet mit Russland (69%) und Kasachstan (36%) statt.
11.1.2018	Der Pressedienst des Präsidenten meldet, dass Sandschar Mukanbetow zum neuen Vize-Premierminister ernannt wurde.
12.1.2018	Der Vorsitzende des nationalen statistischen Komitees, Akyzbek Sultanow, teilt mit, dass die Inflationsrate für Konsumgüter 2017 bei 3,7% lag. Tabakpreise seien sogar um 24,1% gestiegen im Vergleich zum Vorjahr.
12.1.2018	Die Regierung hat ein Investitionsabkommen mit HUAWEI in Höhe von 60 Mio. US-Dollar zur Implementierung eines Smart City Projekts abgeschlossen. Ziel des Projekts ist es, die Sicherheit im Land zu erhöhen, z. B. durch die Senkung der Zahl der Verkehrsunfälle, der Kriminalität und die Reduzierung der terroristischen Bedrohung.
13.1.2018	Radio Azatyk (RFE/FL) berichtet, dass in Kirgistan pro Jahr 116 Mio. l Alkohol konsumiert werden. Unter den zentralasiatischen Ländern ist der Konsum nur in Kasachstan noch höher.
15.1.2018	In Dschalalabad protestieren ca. 100 Einwohner gegen nicht ausgezahlte Löhne der KGM Ltd Bergbaufirma. Das Unternehmen soll seinen Arbeitern Löhne in Höhe von 300.000 Som (4.324 US-Dollar) schulden.
16.1.2018	Das Parlament erörtert die Durchführung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, die diesen Herbst zum ersten Mal in Kirgistan stattfinden soll. Rund 200 Parlamentarier aus den 57 Mitgliedsstaaten werden erwartet.
16.1.2018	Laut dem neuen Freedom in the World Bericht 2018 von Freedom House ist Kirgistan zum wiederholten Mal das einzige Land in Zentralasien, das als »teilweise frei« bewertet wurde. Die anderen zentralasiatischen Staaten wurden wie im Vorjahr als »nicht frei« eingestuft.
17.1.2018	Der Vize-Präsident der Weltbank für Europa und Zentralasien, Cyril Muller, führt in Bischkek Gespräche mit Präsident Dscheenbekow, Premierminister Isakow und Finanzminister Adylbek Kasimalijew über Kirgistans Entwicklungsziele und die bilaterale Zusammenarbeit. Die Weltbank bereitet ein neues Partnerschaftsrahmenabkommen für den Zeitraum 2018–2023 vor.

18.1.2018	Akipress berichtet, dass an den kirgisisch-usbekischen Grenzübergängen Dostuk und Kadamschai neue Passkontrollkabinen installiert wurden, um die Kontrollen zu beschleunigen. Geplant ist, alle kirgisisch-usbekischen Grenzübergänge in nächster Zeit zu modernisieren und internationalen Standards anzupassen.
18.1.2018	Das Sekretariat des nationalen Verteidigungsrates startet eine neue Webseite zur Korruptionsbekämpfung, auf der Bürger Korruptionsfälle melden können. Darüber hinaus informiert die Seite über Korruption in Kirgistan und Bekämpfungsmaßnahmen der staatlichen Einrichtungen.
19.1.2018	Premierminister Isakow kündigt eine Verkleinerung des Staatsapparates an. Von den Kürzungen sei u. a. das Landwirtschaftsministerium betroffen.
19.1.2018	Nach Angaben aus der Hauptverwaltung für Verkehrssicherheit des Innenministeriums sind 2017 in Kirgistan bei Verkehrsunfällen 907 Menschen ums Leben gekommen.
19.1.2018	Die russische Duma ratifiziert ein Protokoll über die Abschreibung der Schulden Kirgistans in Höhe von 240 Mio. US-Dollar.
19.1.2018	Außenminister Abdyldajew nimmt in New York am C5+1 Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan teil.

Tadschikistan

16.12.2017	Angehörige der Grenztruppen und des Staatskomitees für nationale Sicherheit verhindern im Bereich des Grenzpostens Pjandsch (Gebiet Chatlon) den illegalen Grenzübertritt von acht Personen aus Afghanistan. Am Ort der bewaffneten Auseinandersetzung werden mehr als 17 kg Heroin, 11 kg Haschisch und 11 kg Opium beschlagnahmt.
16.12.2017	Der tadschikische Dienst von RFE/RL meldet, dass das Innenministerium auf Wunsch der Türkei eine Vertretung in Istanbul eröffnet.
18.12.2017	Der Vorstand der Weltbank bewilligt zusätzliche 15 Mio. US-Dollar für ein laufendes Projekt zur Kommerzialisierung der tadschikischen Landwirtschaft.
18.12.2017	Erst jetzt wird bekannt, dass auf der tadschikischen Seite der Überlandstraße Batken (Kirgistan) – Isfara (Gebiet Sogd) bereits seit dem 15.12. eine Umweltabgabe von 124 Somoni (14 US-Dollar) für PKW und 300 Somoni (33,8 US-Dollar) für LKW erhoben wird.
19.12.2017	Am Stadtrand von Duschanbe findet im Beisein des Kommandierenden des Zentralen Militärkreises des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Aleksandr Lapin, die feierliche Übergabe von gepanzerten Fahrzeugen, Hubschraubern und weiterer militärischer Ausrüstung statt, die Russland dem tadschikischen Militär zum Schutz der Grenze zu Afghanistan schenkt.
19.12.2017	Tadschikistan stimmt wie Russland, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan und weitere 21 Staaten gegen eine UN-Resolution, in der schwere Menschenrechtsverstöße auf der Krim verurteilt werden.
20.12.2017	Während der zweiten Sitzung der Zwischenregierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zwischen Tadschikistan und Kuwait, die vom 18.–20.12. in Al-Kuwait unter Vorsitz von Nematullo Chikmatullosoda, Minister für wirtschaftliche Entwicklung, und dem kuwaitischen stellvertretenden Finanzminister Kalif Musaid al-Hamada stattfand, wurde u. a. die Durchführung eines Investitionsforums 2018 in Al-Kuwait vereinbart.
21.12.2017	Der am 11.12. wegen eines nicht zurückgezahlten 15 Mio. US-Dollar Kredites verhaftete Chef des Unternehmens Olilmi Karimsod und Eigentümer der Textilfabrik Olim Textiles, Dschamsched Abdulow, wurde nach Begleichung seiner finanziellen Verpflichtungen freigelassen, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL unter Berufung auf Verwandte des Oligarchen.
21.12.2017	Ein Moskauer Gebietsgericht verurteilt den tadschikischen Staatsbürger Scherali Tabarow wegen Drogenhandels zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe; dies ist das erste »lebenslänglich« für Drogenhandel in der russischen Rechtsgeschichte. 14 weitere Tadschiken werden im gleichen Verfahren zu Freiheitsstrafen zwischen 25 und sechs Jahren verurteilt.
21.12.2017	Ein Gericht in Chudschand (Gebiet Sogd) verurteilt drei Bewohner der Stadt wegen Mitgliedschaft in der verbotenen islamistischen Bewegung der Salafiten zu fünf Jahren, drei weitere Angeklagte zu sechs Monaten Freiheitsentzug.
21.12.2017	Außenminister Sirodschiddin Aslow empfängt den Vertreter der Weltbank in Tadschikistan, Peter Olters, zu Gesprächen über Schwerpunkte der Zusammenarbeit und Möglichkeiten ihrer Intensivierung.
21.12.2017	Das Parlament billigt Änderungen im Strafgesetzbuch, mit denen die Strafen für Kinder, die die Unterstützung ihrer Eltern verweigern, auf bis zu drei Jahre Freiheitsentzug erhöht werden. Seit 2016 sind erwachsene Kinder laut Verfassung zur Versorgung und sozialen Sicherung ihrer Eltern verpflichtet.

22.12.2017	In Duschanbe übergibt der Botschafter der Republik Kasachstan, Nurlan Sejtimow, 1.000 t Heizöl, die sein Land Tadschikistan als humanitäre Hilfe spendet.
22.12.2017	Nach Angaben von Präsident Emomali Rachmon in einer Rede vor dem Parlament wurden 2017 insgesamt 4,7 Mrd. Somoni (529,2 Mio. US-Dollar) für den Bau des Wasserkraftwerkes von Rogun aufgewendet. 2018 soll der Betrag auf 5 Mrd. Somoni erhöht werden.
23.12.2017	Die Demokratische Partei Tadschikistans wählt auf ihrem 14. ordentlichen Parteitag in Duschanbe Saidschafar Ismonow zu ihrem Vorsitzenden.
25.12.2017	Ein Gericht im Gebiet Chatlon verurteilt einen 26jährigen Einwohner von Duschanbe, der eine IS-Zelle gegründet und mehrere Terroranschläge geplant haben soll, zu einer Freiheitsstrafe von 20 Jahren.
26.12.2017	Präsident Rachmon weist bei einem informellen Treffen der Staatschefs der GUS-Staaten in Moskau seine Kollegen insbesondere auf die von der aktuellen Situation in Afghanistan ausgehenden Gefahren hin.
29.12.2017	Die Nachrichtenagentur TajikTA berichtet, dass Präsident Rachmon dem staatlichen Komitee für nationale Sicherheit den Auftrag erteilt hat, Staatsbürger, die sich im Ausland terroristischen Vereinigungen angeschlossen haben, nach Tadschikistan zurückzuholen. Außerdem bezeichnet Rachmon die Anwerbung von Jugendlichen für terroristische und extremistische Gruppierungen als eines der wichtigsten Sicherheitsprobleme des Landes.
29.12.2017	Der Pressedienst des Innenministeriums meldet die Festnahme eines 67jährigen Afghanen im Bezirk Darwas (Autonomes Gebiet Berg-Badachschan, GBAO), der ca. 55 kg Opium und kleinere Mengen Heroin und Marihuana mit sich führte.
30.12.2017	Mit Unterschrift von Präsident Rachmon wird 2018 zum Jahr der Entwicklung des Tourismus und des traditionellen Handwerks erklärt.
3.1.2018	In einem auf der offiziellen Website des Komitees für Religionsangelegenheiten geposteten Artikel beschuldigt der Imam einer Moschee im Bezirk Nurabad (Bezirke unter republikanischer Verwaltung) Iran, den Bürgerkrieg Anfang der 1990er Jahre initiiert und finanziert zu haben und damit für den Tod von 150 Tsd. tadschikischen Bürgern verantwortlich zu sein. Auch heute noch unterstütze Iran in Tadschikistan verbotene Organisationen, wie die Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT).
3.1.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Internationale Schiedsgerichtshof in Paris die Kuljab Petroleum Ltd. (eine Tochterfirma der kanadischen Tethys Petroleum) zur Zahlung einer Kompensation von 13,7 Mio. US-Dollar an die französische Gesellschaft Total und die chinesische CNPC wegen Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen von seit 2012 durchgeführten Explorationen im Süden Tadschikistans verurteilt hat.
5.1.2018	Der Vorsitzende des Komitees für Religionsangelegenheiten, Sulaimon Dawlatsoda, weist die am Vortag bekannt gewordene Einstufung Tadschikistans als Staat, in dem systematisch die religiösen Freiheiten der Bürger verletzt werden, im jährlichen International Religious Freedom Report des U.S. State Department zurück. Sie stütze sich auf ungeprüfte Medienberichte.
4.1.2018	Laut einem vom Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) veröffentlichten Artikel haben der ehemalige Chef der tadschikischen Eisenbahn, Amonullo Chukumow, und seine Familie entgegen eigener Behauptungen seit 2012 mehrere Immobilien in Karlsbad und Marienbad (Tschechien) im Wert von mehr als 10,6 Mio. US-Dollar sowie eine Wohnung in Moskau im Wert von mehr als 1 Mio. US-Dollar erworben. Die Verfasser bezweifeln, dass die Immobilien mit dem legalen Einkommen Chukumows bezahlt werden konnten.
4.1.2018	RFE/RL berichtet unter Berufung auf eine anonyme Quelle beim staatlichen Kommunikationsdienst, dass der Verkauf von SIM-Karten nun nur noch den offiziellen Betreibern erlaubt sei, nachdem private Händler die Karten selbst bei Strafandrohung noch ohne Registrierung der Pässe verkauft hätten.
7.1.2018	Verschiedene Vertreter der internationalen Bewegung KWN (Klub der Lustigen und Findigen) veröffentlichten eine Stellungnahme zur Verteidigung des Anfang Dezember verhafteten Führers der tadschikischen KWN-Truppe »Auswahl Tadschikistans«, Chajrullo Mirsaidow, in der sie betonen, dass das Team nie rassistische Witze gemacht und Tadschikistan und seine Bewohner positiv dargestellt hätten.
8.1.2018	Asia-Plus berichtet, dass der Kontrollpunkt Pendschikent-Samarkand an der tadschikisch-usbekischen Grenze nach achtjähriger Unterbrechung bis zum 21.3. wieder geöffnet werden soll.
9.1.2018	Milizionäre gehen am Morgen gegen eine Gruppe von ca. 2.500 Menschen vor, die nach tagelangem Warten vor der Botschaft der RF in Duschanbe aggressiv Einlass gefordert hatten, um ihre Anträge auf Umsiedlung nach Russland einzureichen.

9.1.2018	Nach Angaben des Pressedienstes der Grenztruppen des Staatskomitees für nationale Sicherheit fanden 2017 an den Grenzen Tadschikistans 31 bewaffnete Auseinandersetzungen statt, bei denen 18 Schmuggler getötet und 20 verhaftet wurden. Insgesamt wurden mehr als 1,7 t Drogen beschlagnahmt, darunter 27,3 kg Heroin und 455,6 kg Opium, außerdem eine große Zahl von Waffen.
9.1.2018	Das Next Generation Network (NGN) arbeitet wieder. Auch der ebenfalls einige Tage nicht funktionierende, sehr beliebte Messengerdienst Viber ist nicht mehr blockiert. Die Angaben über die Gründe der Unterbrechung sind widersprüchlich.
10.1.2018	Präsident Rachmon und der usbekische Premier Abdullo Aripow kommen bei Gesprächen in Duschanbe überein, den Visazwang für kurzfristige Aufenthalte ihrer Bürger im Nachbarland aufzuheben.
13.1.2018	Radschabba Achmadsoda wird anstelle von Abdurachmon Kodiri neuer Gouverneur des Gebietes Sogd.
13.1.2018	RFE/RL berichtet, dass der Kommunikationsdienst alle Internetanbieter des Landes aufgefordert hat, das Internet aus Sicherheitsaspekten ausschließlich über die der staatlichen OAO Totschiktelekom gehörende Tojnet zu nutzen.
15.1.2018	Das Oberste Gericht verurteilt einen 43jährigen Mann, der zur Zeit des Bürgerkrieges aktives Mitglied der bewaffneten Bande von Mullo Abdullo war, zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe.
15.1.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei im Bezirk Rascht (Bezirke unter republikanischer Verwaltung), Farchod Chudojorow, 15 Tage wegen Beleidigung von Mitarbeitern der örtlichen Verwaltung in Haft war, nachdem er in mehreren SMS an den Verwaltungschef Missstände im Bezirk beklagt hatte.
15.1.2018	Asia-Plus meldet unter Berufung auf eine nicht namentlich genannte Quelle in der Regierung, dass die für den 23.2. geplante große Militärparade anlässlich des 25jährigen Bestehens der tadschikischen Streitkräfte in Duschanbe abgesagt wurde. Alle Mittel sollen auf die Vorbereitung des 30. Jahrestages der Unabhängigkeit des Landes 2021 konzentriert werden.
15.1.2018	Nach Angaben der Agentur für Statistik betrug das BIP Tadschikistans 2017 ca. 61,1 Mrd. Somoni (6,9 Mrd. US-Dollar) und damit 7,1 % mehr als 2016. Das durchschnittliche Monatseinkommen lag bei 1.174 Somoni (132,3 US-Dollar), eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 10,7 %.
16.1.2018	Der Sprecher des iranischen Parlaments, Ali Laridschani, empfängt in Teheran eine tadschikische Parlamentariergruppe unter Leitung von Vizesprecher Abdudschabbor Asisi. Beide Seiten betonen Bedeutung und Nutzen einer Zusammenarbeit der Volksvertretungen.
16.1.2018	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass die staatliche Agentur für Finanzkontrolle und den Kampf gegen Terrorismus auf Anregung des Bürgermeisters von Duschanbe, Rustam Emomali, eine außerplanmäßige Überprüfung der finanziellen Aktivitäten des Rathauses vorgenommen hat. Er reagierte damit auf Klagen von Bürgern.
17.1.2018	Nach Angaben der Agentur für Statistik ist der Außenhandelsumsatz Tadschikistans 2017 im Vergleich zum Vorjahr um 33 % gestiegen, der des Imports aber um 8,5 % gesunken. Die höchste Steigerungsrate beim Export war mit 82 % (mehr als 126 Mio. US-Dollar) mit Usbekistan zu verzeichnen.
18.1.2018	Erst jetzt wird bekannt, dass der stellvertretende Vorsitzende der Hauptverwaltung für Steuerung von Investitionen und Entwicklung der Regionen im Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung, Askar Nuralisoda, wegen Annahme von Bestechungsgeldern am 10.1.2018 zu elf Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde. Nuralisoda hatte von einem Unternehmer 500 Tsd. US-Dollar als Gegenleistung für die Aufnahme in ein staatliches Förderprogramm angenommen.
18.1.2018	Usbekistan hat die Transitgebühren für den tadschikischen Eisenbahngütertransport unerwartet zum zweiten Mal seit August 2017 um durchschnittlich 40 % gesenkt, meldet das Pressezentrum des Transportministeriums.
18.1.2018	Nach Angaben des Zolldienstes hat Tadschikistan 2017 ca. 103 Tsd. t Aluminium und Aluminiumerzeugnisse im Wert von mehr als 203 Mio. US-Dollar exportiert, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 22 %.
19.1.2018	Präsident Rachmon entlässt Finanzminister Abdusalom Kurbonijon, Nachfolger wird Fajsiddin Kachchorsoda. Außerdem wird der Chef des staatlichen Zolldienstes, Abdufattockh Goib, durch Chursched Karimsoda ersetzt.
19.1.2018	Außenminister Aslow trifft in New York mit UN-Generalsekretär António Guterres zu Gesprächen über die Zusammenarbeit Tadschikistans mit der UN und die sozioökonomische Lage des Landes zusammen und nimmt am C5+1 Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan teil.

Turkmenistan

22.12.2017	Nach 15 Tagen Haft wird die Tierschützerin Galina Kutscherenko aus dem Gefängnis in Arzuw entlassen. Kutscherenko war am 7.12.2017 aufgrund einer Anzeige ihrer Nachbarn festgenommen worden. Angeblich hatte sie ihre Mutter angegriffen.
28.12.2017	Das Nachrichtenportal Alternatiwnye Nowosti Turkmenistana (ANT) berichtet, dass der turkmenische Präsident nicht am informellen Gipfel der GUS-Staaten am 26.12.2017 in der Nähe von Moskau teilgenommen hat und dass in den turkmenischen Medien auch nicht über das Treffen berichtet wurde. Die Präsidenten beider Staaten, Wladimir Putin und Gurbanguly Berdymuchammedow, hatten allerdings am Tag zuvor miteinander telefoniert.
31.12.2017	In seiner Ansprache zum Ende des Jahres 2017 zeichnet Präsident Berdymuchammedow ein rosiges Bild von Turkmenistans Entwicklung im vergangenen Jahr und sagt weitere Erfolge in den Bereichen Gasexport, Importsubstitution und staatliche Gehälter voraus.
4.1.2018	Die Situation der Religionsfreiheit in Turkmenistan (und neun weiteren Staaten) wird im neuesten jährlichen International Religious Freedom Report des U.S. State Department wie zuvor als »besonders besorgniserregend« eingestuft.
5.1.2018	Das turkmenische Parlament verabschiedet neue Gesetze in den Bereichen Verkehrssicherheit, Fernsehen und Radio. Angaben über den Inhalt liegen nicht vor.
5.1.2018	ANT berichtet, dass Frauen in Turkmenistan bereits seit Mitte Dezember nicht mehr Auto fahren dürfen. Die Polizei soll bereits mehreren Frauen den Führerschein entzogen und ihre Autos konfisziert haben. Als Grund für das Verbot werden viele von Frauen verursachte Autounfälle genannt.
8.1.2018	Seit Anfang Januar sind in Turkmenistan Autos in dunklen Farben verboten. Laut RFE/RL ist Präsident Berdymuchammedow der Meinung, dass weiße Autos Glück bringen und schwarze nicht in die weiße Hauptstadt Aschchabad passen. Besitzer von dunklen Autos müssen ihre Fahrzeuge neu lackieren lassen.
11.1.2018	ANT berichtet, dass in der Silvesternacht in der Stadt Daschogus fünf Morde stattgefunden hätten. Alle Verbrechen seien unter dem Einfluss von Alkohol verübt worden.
11.1.2018	Das Presseamt des Präsidenten teilt mit, dass Präsident Berdymuchammedow Innenminister Isgender Mulikow wegen ungenügender Erfüllung seiner offiziellen Verpflichtungen, insbesondere im Bereich der Personalrekrutierung, gerügt hat.
16.1.2018	Zum neuen Jahr werden in allen staatlichen Einrichtungen Turkmenistans die Porträts von Präsident Berdymuchammedow ausgewechselt. Auf den neuen Bildern trägt das Staatsoberhaupt statt einer roten eine schwarze Krawatte. Auch private Einrichtungen wurden aufgefordert, die Porträts des Präsidenten auf eigene Kosten auszuwechseln. Das letzte Mal wurden die Porträts im Februar 2018 landesweit erneuert.
17.1.2018	ANT berichtet, dass die Zentralbank den Umtausch von Devisen für Unternehmer, die ausländische Produkte importieren, eingestellt hat. Schon seit 1.12.2017 dürfe keine Bank mehr ausländische Währungen wechseln.
17.1.2018	Außenminister Raschid Meredow führt in Islamabad Gespräche mit Pakistans Präsident Mamnoon Hussain u. a. über die geplante Gaspipeline TAPI (Turkmenistan – Afghanistan – Pakistan – Indien).
19.1.2018	Anders als die anderen zentralasiatischen Staaten ist Turkmenistan nur durch seine UN-Botschafterin Aksoltan Atajewa beim C5+1 Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan in New York vertreten.

Usbekistan

18.12.2017	Ein Moskauer Militärgericht verurteilt den aus Usbekistan stammenden Bürgerrechtler Rachmiddin Kamolow wegen Leitung einer örtlichen Zelle der extremistischen Organisation Hizb ut-Tahrir zu 16 Jahren Gefängnis.
18.12.2017	Außenminister Abdulasis Kamilow empfängt eine Delegation der Turkish Cooperation and Coordination Agency (TIKA) unter Vorsitz ihres Präsidenten Serdar Cam zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit. Ein Treffen der Delegation mit Präsident Schawkat Mirsijojew ist vorgesehen.
19.12.2017	Der usbekische Dienst von RFE/RL meldet unter Berufung auf das Staatskomitee für Statistik, dass das monatliche Durchschnittseinkommen eines Bürgers Usbekistans 2017 bei 1.346.000 Sum (165 US-Dollar) lag.
19.12.2017	Präsident Mirsijojew erörtert mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Donald Trump telefonisch Stand und Perspektiven des bilateralen Verhältnisses beider Staaten. Trump lädt Mirsijojew nach Washington ein.
19.12.2017	Usbekistan stimmt wie Russland, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und weitere 21 Staaten gegen eine UN-Resolution, in der schwere Menschenrechtsverstöße auf der Krim verurteilt werden.

20.12.2017	Die russische Nachrichtenagentur Sputnik berichtet unter Berufung auf staatliche Anti-Korruptionsexperten, dass im ersten Halbjahr 2017 1.130 Strafverfahren wegen Korruptionsverdacht gegen 1.566 Beamte eingeleitet wurden.
20.12.2017	Der chinesische Verteidigungsminister Chang Wanquan wird in Taschkent von Präsident Mirsijojew und Verteidigungsminister Abdusalom Asisow zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der militärischen und militärtechnischen Zusammenarbeit empfangen.
21.12.2017	Präsident Mirsijojew empfängt in Taschkent den Sprecher des kirgisischen Parlamentes, Dastanbek Dschumabekow, zu Gesprächen über das bilaterale Verhältnis.
21.12.2017	Außenminister Kamilow trifft in Kabul mit dem afghanischen Präsidenten Muhammad Ashraf Ghani zu Gesprächen über Fragen der bilateralen Kooperation zusammen.
21.12.2017	Ein Gericht in Karschi (Gebiet Kaschkadarja) verurteilt einen im Juni aus der Türkei deportierten 38jährigen zu einer 15jährigen Freiheitsstrafe. Der Mann soll von der Türkei aus Kämpfer in Syrien finanziell unterstützt haben. Er hatte in der Türkei um politisches Asyl nachgesucht.
21.12.2017	Die in usbekischer Haft befindliche skandalumwitterte ältere Tochter des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow, Gulnara Karimowa, befindet sich auf der ersten Liste von Personen und Organisationen, denen nach dem Magnitsky Rule of Law Accountability Act die Einreise in die USA verboten ist und deren Konten blockiert sind. Der Magnitsky Act richtet sich gegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption.
21.12.2017	Das Abkommen zwischen der usbekischen und der russischen Regierung über die Anwerbung usbekischer Staatsbürger für eine zeitweilige Arbeitstätigkeit in Russland, das Rechte und Pflichten der Arbeitsmigranten regelt, tritt in Kraft.
22.12.2017	Der russische Sputnik berichtet unter Berufung auf den Vorsitzenden des Russländischen Zentrums für Wissenschaft und Kultur, Wiktor Schulik, dass das Zentrum plane, zur Erhöhung der Kenntnis der russischen Sprache und Kultur in den nächsten Jahren 12 Regionalabteilungen in den Gebieten Usbekistans einzurichten.
22.12.2017	Präsident Mirsijojew kündigt an, dass 2018 in Usbekistan das Jahr der Unterstützung aktiven Unternehmertums und innovativer Ideen und Technologien wird.
22.12.2017	In der ersten Rede eines Präsidenten vor dem Parlament in der Geschichte Usbekistans fordert Präsident Mirsijojew u. a. ein Gesetz zur Regelung der Tätigkeit des nationalen Sicherheitsdienstes. In der vierstündigen, vom Fernsehen übertragenen Rede beschuldigt Mirsijojew außerdem den ehemaligen Innenminister Adcham Achmedbajew des Verrats und äußert seine Unzufriedenheit mit der Arbeit des Vorsitzenden des Obersten Gerichtes, Kosimdschon Kamilow, und weiterer hochrangiger Juristen. Im Falle eines Scheiterns seiner Finanzreformen erklärt er seine Bereitschaft zurückzutreten.
23.12.2017	Die jüngste Tochter von Präsident Mirsijojew, Schachnosa Umarowa, hat eine verantwortungsvolle Position im Ende September neu geschaffenen Ministerium für Vorschulbildung erhalten, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL.
25.12.2017	Auf Beschluss des Ministerkabinetts wird der bürokratische Aufwand für die für einen ständigen wie zeitweisen legalen Aufenthalt in Stadt und Gebiet Taschkent notwendige Registrierung vereinfacht.
25.12.2017	Laut Meldung des usbekischen Dienstes von RFE/RL haben die Zuckerfabriken in den Gebieten Taschkent und Choresm schon Anfang November die Tätigkeit zeitweise eingestellt und ihre Arbeiter in einen unbezahlten Urlaub geschickt, weil sie nach der Abwertung des Sum in Zahlungsschwierigkeiten geraten sind.
25.12.2017	Der türkische Unternehmer Wachid Gunes, der nach mehrjähriger Geschäftstätigkeit in Taschkent 2011 wegen Beteiligung an der Schattenwirtschaft verhaftet, gefoltert, verurteilt und bald darauf amnestiert worden war, warnt in einem BBC-Interview davor, dem Wandel in Usbekistan zu trauen und dort zu schnell zu investieren. Trotz anderslautender gesetzlicher Initiativen sei real vieles noch beim alten.
26.12.2017	Innenminister Polat Bobodschonow erklärt in einem Interview mit der staatlichen Nachrichtenagentur UzA, dass es in seinem Ministerium, d. h. auch bei der Polizei, Korruption, Erpressung und Schmiergeldzahlungen gebe. Deshalb seien in den vergangenen 11 Monaten 7.500 Bedienstete wegen Verletzung von Dienstregeln diszipliniert und 201 wegen Straftaten angeklagt worden.
26.12.2017	Präsident Mirsijojew nimmt in Moskau an einem informellen Treffen der Staatsoberhäupter der GUS-Staaten teil.
27.12.2017	Nachdem Präsident Mirsijojew in seiner Rede vor dem Parlament am 22.12. eine Untersuchung im Finanzministerium gefordert hatte, meldet die Nachrichtenagentur UzA nun bereits 560 Entlassungen. Die ersten Freisetzen hatten schon am 23.12. auf der Führungsebene des Ministeriums stattgefunden.

27.12.2017	In Taschkent findet eine Sitzung von Vertretern der zuständigen staatlichen Institutionen und Eisenbahngesellschaften Usbekistans, Kirgistans und Chinas statt, bei der die Bedingungen für den Bau der geplanten, alle drei Länder verbindenden Eisenbahnlinie diskutiert werden. Die detaillierte Streckenführung von China über Kirgistan nach Usbekistan soll im April 2018 bekannt gegeben werden.
27.12.2017	Das Innenministerium teilt mit, dass in Reaktion auf Präsident Mirsijojews Forderung nach Abschaffung der Kontrollposten zwischen den einzelnen Gebieten des Landes bereits 54 Posten geschlossen wurden, die Schließung 12 weiterer ist in Vorbereitung.
27.12.2017	Fergananeews.com meldet unter Berufung auf usbekische Menschenrechtler, dass der nationale Sicherheitsdienst den Ende September unter Umsturzverdacht verhafteten Journalisten Bobomurod Abdullajew gezwungen habe, auf die Unterstützung eines Rechtsanwaltes zu verzichten.
29.12.2017	Die Kommunikationsabteilung der staatlichen Russländischen Korporation für Atomenergie Rosatom teilt mit, dass der Generaldirektor des Unternehmens, Aleksej Lichatschow, und der stellvertretende usbekische Premier Nodir Otajanow eine Vereinbarung über Zusammenarbeit über die Nutzung von Atomenergie zu friedlichen Zwecken, namentlich den Bau von Atomkraftwerken, unterzeichnet haben.
29.12.2017	RFE/RL meldet, dass der 71jährige Vorsitzende des staatlichen Steuerkomitees, Batyr Parpijew, bereits vor zwei Monaten seinen Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen eingereicht habe. Parpijew galt als einer der einflussreichsten Männer des Landes.
29.12.2017	Der bekannte usbekische Künstler Wjatscheslaw Achunow hat nach sechsjährigem Warten ein Ausreisevisum erhalten, meldet der usbekische Dienst von RFE/RL. Achunow hatte in der Vergangenheit mehrfach das Regime des ehemaligen Präsidenten Islam Karimow kritisiert.
29.12.2017	Per Dekret von Präsident Mirsijojew werden in Usbekistan akkreditierte ausländische Hochschulen (derzeit sieben) bis 2023 von allen Steuern und Abgaben befreit.
30.12.2017	Das Protokoll über Änderungen im Abkommen über den internationalen Straßenverkehr zwischen den Regierungen Usbekistans und Kirgistans von 1996 tritt in Kraft. Beide Seiten garantieren sich darin freien Transit und stimmen darin überein, vorteilhafte Bedingungen auf der Straßenverbindung Taschkent–Andischan–Osch–Irkeschtam–Kaschgar zu schaffen.
3.1.2018	Für wegen Zugehörigkeit zu verbotenen religiösen Vereinigungen Verurteilte und 2017 von Präsident Mirsijojew begnadigte Bürger Usbekistans wird eine zweitägige Wallfahrt in das Gebiet Samarkand mit Besuch des Al-Buchari Gedenkkomplexes und des Grabes von Islam Karimow organisiert.
3.1.2018	Präsident Mirsijojew kritisiert bei einem Treffen zur Analyse der bisherigen Tätigkeit und Definition der neuen Aufgaben des Ministerkabinetts, dass die Mehrheit von Organisationen sich passiv bei der Umsetzung der angenommenen Entscheidungen und Programme verhalte.
4.1.2018	Nach neuesten Angaben auf der Website des Gesundheitsministeriums werden die Staatsausgaben im Gesundheitsbereich 2018 im Vergleich zum Vorjahr um 35,2% auf 9,562 Billionen Sum (1,17 Mrd. US-Dollar) steigen.
4.1.2018	In der neuen, jährlich publizierten Liste des U.S. State Department über die Staaten der Welt, in denen die Religionsfreiheit systematisch verletzt wird, wird die Situation in Usbekistan neben der in Tadschikistan, Turkmenistan und sieben anderen Staaten als besonders besorgniserregend aufgeführt.
5.1.2018	Die Verbrauchssteuer für von GM Uzbekistan produzierte PKW wird von 27% auf 5% gesenkt.
5.1.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet die Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), die im Oktober 2017 in Washington unterschrieben worden war und den Beginn der Tätigkeit des Instituts ermöglicht.
5.1.2018	Der seit einigen Wochen amtierende Übergangs-Gouverneur des Gebietes Taschkent, Gulomdschon Ibragimow, wird zum regulären Amtsträger des Gebietes bestimmt.
5.1.2018	Der Verlag Namangan bringt den neuen Roman des Schriftstellers Isokdschon Nischonow mit dem Titel Dschasorat (Mut) heraus, der dem Leben des verstorbenen Präsidenten Islam Karimow gewidmet ist.
5.1.2017	Innenminister Bobodschonow teilt in einem Interview mit UzA mit, dass derzeit das Projekt eines Programmes über Maßnahmen gegen Folter für die Jahre 2018–2020 erarbeitet werde.
6.1.2018	Fergananeews.com berichtet, dass mit Jahresbeginn die Preise für Alkohol und Zigaretten erheblich angehoben wurden. Der Mindestpreis für Wodka ist jetzt beispielsweise mit 19.200 Sum pro Liter um 24% gestiegen.
6.1.2018	Präsident Mirsijojew bestätigt die Mitgliedschaft der erstmals seit zwei Jahrzehnten neu in die Akademie der Wissenschaften gewählten Wissenschaftler.

8.1.2018	In einer Rede vor Parlamentsabgeordneten aus dem Gebiet Taschkent fordert Präsident Mirsijojew die Bürger des Landes auf, ihre Auslandsguthaben auf usbekische Konten zu transferieren und verspricht, dass diese nicht kontrolliert werden.
8.1.2018	Zwischen Taschkent und Schimkent (Gebiet Süd-Kasachstan) besteht nach 17jähriger Unterbrechung ab sofort wieder eine regelmäßige Busverbindung.
8.1.2018	Nach achtjähriger Unterbrechung soll der Kontrollpunkt Pendschikent-Samarkand an der usbekisch-tadschikischen Grenze bis zum 21.3. wieder geöffnet werden, berichtet Asia-Plus.
8.1.2018	Die Organisation für islamische Zusammenarbeit (OIC) beschließt, dass Buchara 2020 gemeinsam mit Kairo und Bamako Hauptstadt der islamischen Kultur sein wird.
8.1.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet ein Gesetz über administrative Verfahren, das den Vorrang von Gesetzen, Rechten und Interessen physischer und juristischer Personen gegenüber Verwaltungseinheiten sicherstellen soll.
9.1.2018	Die Zeitung Narodnoje Slowo (Wort des Volkes) berichtet, dass die Elektrifizierung des 325 km langen Eisenbahnabschnitts Karschi (Gebiet Kaschkadarja) –Termes (Gebiet Suchandarja) abgeschlossen ist. Die Kosten beliefen sich auf 327,6 Mio. US-Dollar.
9.1.2018	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass der Gouverneur des Gebietes Fergana, Schuchrat Ganijew, am 5.1. 100 Leiter von Viehzuchtbetrieben zwangsweise in die Autonome Republik Karakalpakstan verschickt hat, wo sie gleiche Betriebe neu aufbauen sollen.
9.1.2018	Präsident Mirsijojew ordnet eine starke Senkung der Preise für Internetnutzung verbunden mit einer Erhöhung der Geschwindigkeit des Netzes um mindestens das Vierfache noch in diesem Jahr an.
9.1.2018	Präsident Mirsijojew unterzeichnet die aktualisierte Militärdoktrin Usbekistans.
10.1.2018	Eine Delegation der Schweizer Credit Suisse Bank trifft zu Gesprächen in Ministerien und Banken in Taschkent ein. Das Unternehmen hatte sich 2013 nach Geldwäschewürfen gegenüber Schweizer Banken im Zusammenhang mit dem Skandal um Gulnara Karimowa aus Usbekistan zurückgezogen.
10.1.2018	Premierminister Abdullo Aripow wird während seines Tadschikistanbesuches von Präsident Emomali Rachmon zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen empfangen. Beide Seiten einigen sich auf eine Abschaffung der Visapflicht für kurze Besuche ihrer Bürger im Nachbarland.
10.1.2018	Im afghanischen Herat werden 25 von Usbekistan gestiftete Busse und drei Traktoren feierlich an die örtliche Verwaltung übergeben.
10.1.2018	Nach Angaben usbekischer Menschenrechtler konnten enge Angehörige des im September verhafteten unabhängigen Journalisten Bobumurod Abdullajew ihren Verwandten erstmals im Untersuchungsgefängnis besuchen.
11.1.2018	Im Verteidigungsministerium finden Massenenlassungen auf Leitungsebene statt, berichtet die Nachrichtenagentur UzA unter Berufung auf eine Rede Präsident Mirsijojews vor dem Nationalen Sicherheitsrat.
11.1.2018	Uzdaily.uz meldet, dass ein internationaler Rat von Experten mit dem Namen Buyuk Kelajak (Große Zukunft) gebildet wurde, der eine Entwicklungsstrategie für Usbekistan bis 2035 erarbeiten soll.
11.1.2018	RFE/RL berichtet, dass Zoid Juldaschew, ein Bruder des 2009 in Pakistan bei einem US-Drohnenangriff ums Leben gekommenen Führers der extremistischen Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU), Tohir Juldaschew, per Video mitgeteilt hat, dass er im Oktober nach 23jähriger Haft in Usbekistan freigelassen wurde. Zoid Juldaschew war gemeinsam mit zwei weiteren Brüdern in den 1990er Jahren zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden.
12.1.2018	Während einer Sitzung des Internationalen Presseklubs in Taschkent erklärt der stellvertretende Wirtschaftsminister Mubin Mirsajew, dass der Umfang der Schattenwirtschaft derzeit bei über 50 % des BIP liege.
12.1.2018	Mit einer Pressekonferenz des stellvertretenden Premier Suchrob Cholmuradow beginnen die für Minister und Leiter von staatlichen Institutionen sowie deren Pressesprecher nun verpflichtenden Informationsveranstaltungen für Journalisten.
12.1.2018	Das staatliche Komitee für Statistik meldet, dass das BIP Usbekistans 2017 nach vorläufigen Angaben 249,136 Billionen Sum (30,7 Mrd. US-Dollar) betrug, eine Steigerung um 5,3 % gegenüber dem Vorjahr.
12.1.2018	Das staatliche Fernsehen überträgt eine Rede des Präsidenten vom Vortag, in der Mirsijojew sich kritisch über die Arbeit der Botschaften des Landes im Ausland und zu viel Bürokratie im Außenministerium äußert.
15.1.2018	Nach Angaben des staatlichen statistischen Komitees hatte Usbekistan am 1.1.2018 32,65 Mio. Einwohner. Das sind 1,7 % (533 Tsd.) mehr als zu Jahresbeginn 2017.

15.1.2018	Die Verwaltung der Muslime Usbekistans weist die Einschätzung des U.S. State Department vom 4.1.2018 als veraltet zurück, nach der Usbekistan gemeinsam mit Staaten wie Myanmar, China, Nordkorea, aber auch Tadschikistan und Turkmenistan, zu den zehn Staaten der Welt gehört, in denen die Religionsfreiheit am stärksten verletzt wird.
15.1.2018	In Taschkent tauscht erstmals ein Bankautomat US-Dollar-Scheine in Sum-Scheine zum echten Kurs und ohne Obergrenzen um. In Zukunft sollen auch Euro- und Rubelscheine auf diese Weise rund um die Uhr getauscht werden können.
15.1.2018	Außenminister Kamilow trifft im UN-Hauptquartier in New York mit UN-Generalsekretär António Guterres zu Gesprächen über Perspektiven der weiteren Zusammenarbeit zusammen.
16.1.2018	Per Erlass Präsident Mirsijojews werden ab 1.2. Steuervergünstigungen für den Import von Lebensmitteln abgeschafft.
17.1.2018	Außenminister Kamilow trifft in New York mit Herbert McMaster, dem nationalen Sicherheitsberater der USA, zu Gesprächen u. a. über die Situation in Afghanistan und Möglichkeiten der Kooperation im Kampf gegen aktuelle Bedrohungen der Sicherheit zusammen.
18.1.2018	Beim Brand eines Reisebusses im kasachstanischen Gebiet Aktobe kommen 52 usbekische Arbeitsmigranten ums Leben.
18.1.2018	Die Nachrichtenagentur Uza meldet, dass Usbekistan freiwillig 100 Tsd. US-Dollar in den Fonds der Verwaltung des Hohen Kommissars der UN für Menschenrechte einzahlen wird.
18.1.2018	Beim teilweisen Einsturz einer aufgelassenen Goldmine im Südosten des Gebietes Samarkand kommt mindestens ein illegal arbeitender Bergmann ums Leben, mehr als 20 können gerettet werden.
18.1.2018	Otabek Mustafajew, stellvertretender Minister für Landwirtschaft und Wasserressourcen, trifft mit einer Delegation zum Besuch der Grünen Woche in Berlin ein. Im Anschluss wird die Gruppe nach Frankreich weiterreisen.
18.1.2018	Laut einer Presseerklärung der Weltbank hat die Geschäftsführerin des Instituts, Kristalina Georgieva, nach Treffen mit Präsident Mirsijojew, verschiedenen Mitgliedern von Regierung und Parlament sowie Vertretern der Privatwirtschaft eine positive Bewertung des Reformprozesses abgegeben und die Unterstützung der Weltbank zugesagt.
19.1.2018	Nach Angaben des Staatskomitees für Statistik studieren derzeit 297.600 Studenten an usbekischen Hochschulen, darunter 709 ausländische Staatsbürger.
19.1.2018	Außenminister Kamilow nimmt in New York am C5+1 Treffen der Außenminister der zentralasiatischen Staaten und U.S. Deputy Secretary of State John Sullivan teil.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung

Redaktion:

Dr. Beate Eschment (verantwortlich)
 Redaktionsassistentz: Ann-Sophie Gast
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Luca Anceschi, University of Glasgow
 Prof. Dr. Martin Petrick, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Halle

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de



Kostenlose Länder-Analysen auf www.laender-analysen.de

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>